

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

Auswertung der Wahlprogramme der Parteien und
Einschätzung des Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V.

Berlin, 8. September 2017



Vorbemerkungen

Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) befragte im Vorfeld der am 24. September 2017 bevorstehenden Wahl des Deutschen Bundestages sechs Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu klima- und energiepolitischen Themen.

CDU und CSU gaben eine gemeinsame Stellungnahme ab. Von einer Befragung der AfD wurde abgesehen.

Union

Die Union gibt sich mit der derzeitigen Beschlusslage zufrieden und setzt daher auf ein „Weiter so“ in der Energie- und Klimaschutzpolitik.

In der Klimaschutzpolitik befürwortet die Union sowohl die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens, als auch den nationalen Klimaschutzplan, der bekanntermaßen aber deutlich hinter dem Vertrag von Paris zurückbleibt. Die Befürwortung des nationalen Klimaschutzplans ist bereits ein Fortschritt, da die Unionsfraktion im Bundestag diesen noch vor einem halben Jahr als zu ambitioniert in Frage gestellt hatte.

Die Frage, wie die Union das nationale Klimaschutzziel 2020 erreichen will, bleibt de facto unbeantwortet; auch bei der Frage, wie das verpflichtende Ausbauziel für Erneuerbare Energien im Jahr 2020 noch erreicht werden soll, stehen konkrete Vorschläge aus.

Die Frage, wie ein fairer Wettbewerb zwischen Energietechnologien im Stromsektor gestaltet werden kann, wird von der Union ebenfalls de facto nicht im Einzelnen ausgeführt.

Hinsichtlich der Erneuerbaren Energien soll alles so bleiben, wie es ist. Das gleiche gilt für die Dekarbonisierung des Mobilitätssektors und weitgehend für den Wärmesektor. Hier setzt sich die Union allerdings für eine steuerliche Förderung bei der energetischen Gebäudesanierung ein –obwohl sie dies in den vergangenen Jahren bereits mehrfach angekündigt, aber nicht umgesetzt hat.

Der Kohleausstieg wird von der Union nicht angesprochen.

Speicher werden von der CDU/CSU befürwortet, allerdings ohne näher auszuführen, was für bessere Rahmenbedingungen unternommen werden muss.

Die Union bewertet die Digitalisierung als Chance für die Sektorenkopplung.

Dem derzeit in der Praxis nicht umgesetzten Vorrang für Erneuerbare Energien gegenüber konventionellen Kraftwerken möchte die Union mit dem Netzausbau begegnen.

Positiv zu bewerten ist das Bekenntnis der Union zur Bioenergie, auch wenn dieses nicht mit Vorschlägen zur Verbesserung von Rahmenbedingungen untermauert wird.



SPD

Auch die SPD setzt überwiegend auf eine Fortsetzung des bisherigen Kurses in der Klima- und Energiepolitik, zeigt jedoch auch Änderungsbedarf auf.

Die SPD bekennt sich zum Klimaschutzabkommen von Paris und zum nationalen Klimaschutzplan. Letzteren möchte die SPD im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes umsetzen.

Die SPD spricht sich dafür aus, den „bereits begonnenen Kohleausstieg“ sozialverträglich einzuleiten. Sie möchte die Kohleverstromung Schritt für Schritt sozialverträglich reduzieren, ohne hier konkreter zu werden.

Die Frage, wie die SPD das nationale Klimaschutzziel 2020 erreichen will, bleibt de facto unbeantwortet. Die Frage, wie das verpflichtende Ausbauziel für Erneuerbare Energien im Jahr 2020 noch erreicht werden soll, wird seitens der SPD überhaupt nicht beantwortet.

Im Gegensatz zur SPD-Fraktion spricht sich die Partei nicht für einen stärkeren Ausbau Erneuerbarer Energien aus. Besonderes Engagement zeigt die SPD hier nur beim Mieterstrom aus Erneuerbaren Energien.

Beim Thema Mobilität zeigt sich die SPD grundsätzlich fortschrittlich. In der Zwischenzeit hat die Partei im Rahmen der Dieseldiskussion öffentlich nachgelegt und sich u.a. für eine Elektroauto-Quote von 25% bis 2025 für Neuwagen ausgesprochen.

Bei der Sektorenkopplung und bei Speichern bekennt sich die SPD zum Abbau von Hürden. Bei der Sektorenkopplung fordert die SPD ein „Nutzen statt abschalten“ und will das EEG „weiterentwickeln“. Das Steuer-, Entgelt-, Abgaben- und Umlagesystem beim Strompreis soll im Hinblick auf die Sektorenkopplung überprüft werden.

Im Wärmesektor möchte die SPD umweltschädliche und wettbewerbsverzerrende Subventionen „überprüfen“ und Maßnahmen zur Umstellung auf hocheffiziente und erneuerbare Heizungssysteme ausbauen. Zudem verweist die SPD auf ihren Vorstoß für ein Gebäudeenergiegesetz, welches allerdings aus BEE-Sicht nicht ambitioniert gewesen war.

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen geht die derzeitige Klimaschutz- und Energiepolitik nicht weit genug. Die Partei fordert sowohl höhere Ziele im Klimaschutz als auch im Energiebereich sowie auch für Erneuerbare Energien.

Sie wollen die Ziele des nationalen Klimaschutzplans stärker auf die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ausrichten und die THG-Emissionen bis 2050 um 95% gegenüber 1990 reduzieren. Dies soll in einem Klimaschutzgesetz geregelt werden. Der Kohleausstieg soll bis 2030 erfolgen. Gleichzeitig soll der Anteil Erneuerbarer Energien im Stromsektor bis 2030 auf 100% steigen. Der Kohleausstieg soll mit einer Sofortstilllegung von 20 Kohlekraftwerken einhergehen und somit gemeinsam mit einem stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch das Erreichen des nationalen Klimaschutzziels 2020 ermöglichen. Mit dem stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien soll auch das verpflichtende nationale Erneuerbare Energien-Ziel bis 2020 erreicht werden.



Die Deckel beim Ausbau Erneuerbarer Energien sollen entweder ganz gestrichen oder deutlich angehoben werden.

Sie wollen sowohl einen CO₂-Mindestpreis im ETS-Sektor als auch darüber hinaus eine CO₂-Bepreisung im Wärmesektor. Im Gegenzug soll die Stromsteuer abgeschafft und die EEG-Umlage gesenkt werden.

Die EEG-Umlage auf Eigenstrom aus Erneuerbaren Energien soll gestrichen und der Mieterstrom auf Quartiere und Gewerbebetriebe ausgeweitet werden.

Das Thema mangelnder Umsetzung des Vorrangs Erneuerbarer Energien wird adressiert – wenn auch ohne konkrete Vorschläge.

Im Wärmesektor wollen Grünen die Nutzung Erneuerbarer Energien auch bei der Wärmeversorgung im Gebäudebestand festschreiben und zudem die Nutzung von Ökostrom im Wärmesektor durch eine Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten beflügeln. Zudem soll es ein Förderprogramm zum Bau von 10.000 Wärmespeichern geben sowie ein neues Programm „Faire Wärme“ für Nahwärmekonzepte.

Stromspeicher sollen durch eine Entlastung bei Umlagen und Netzentgelten wirtschaftlich werden. Dies soll ebenso wie das Wärmespeicherförderprogramm auch der Sektorkopplung dienen.

Die grüne Partei setzt stark auf Elektromobilität und will ab 2030 nur noch Autos mit abgasfreiem Antrieb neu zulassen. Inzwischen haben sich die Grünen auch für eine Erhöhung der Förderprämie von 4000 auf 6000 Euro ausgesprochen. Die steuerliche Besserstellung des Diesels soll schrittweise zurückgefahren werden.

Biomasse wird von Bündnis 90/Die Grünen eher zurückhaltend angesprochen. Hier setzt die Partei auf Rest- und Abfallstoffe.

Die Linke

Der Linken geht die Klimaschutz- und Energiepolitik der derzeitigen Bundesregierung nicht weit genug. Die Partei spricht sich für ambitioniertere Ziele im Klimaschutz und beim Ausbau Erneuerbarer Energien aus.

Die Linke möchte die Ziele des nationalen Klimaschutzplans stärker auf die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ausrichten und die THG-Emissionen bis 2050 um 95% im Vergleich zu 1990 reduzieren. Sie fordert ein Klimaschutzgesetz und einen Kohleausstieg bis 2035. Bis 2040 soll der Anteil der Erneuerbaren Energien in allen Energiesektoren bei 100% liegen. Der sozial abgefederte Kohleausstieg soll sofort beginnen (die Hälfte der Kohlekraftwerke sollten einer zitierten WWF-Studie nach bis 2020 stillgelegt werden) und gemeinsam mit einem stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien auch das Erreichen des nationalen Klimaziels 2020 ermöglichen. Mit dem stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien soll auch das verpflichtende nationale Erneuerbare Energien-Ziel bis 2020 erreicht werden.



Für einen fairen Wettbewerb setzt die Linke auf einen spürbaren CO₂-Preis durch einen reformierten Emissionshandel und nationale Regularien wie CO₂-Mindestpreise oder eine CO₂-Steuer.

Im Wärmebereich setzt sich die Linke für das kurzfristige Ende der Förderung fossiler Heizungen ein und will ihren Einbau mittelfristig verbieten. Energieeffizienz soll im Wärmesektor eindeutig Vorrang gegenüber Erneuerbaren Energien erhalten, welche den Restwärmebedarf abdecken sollen. Eine CO₂-Bepreisung im Wärmesektor soll zum einen die Wettbewerbsfähigkeit von Effizienz und Erneuerbaren Energien verbessern und zum anderen die Abschaffung der Stromsteuer gegenfinanzieren. Zudem spricht sich die Linke für eine Rückverteilung der Mittel nach dem Schweizer Modell aus. Die Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung sollen angehoben werden. Im Gebäudeenergiegesetz soll künftig der Niedrigstenergiestandard gelten.

Im Verkehrssektor setzt die Linke auf Vorfahrt für Schiene und E-Busse. Sie befürwortet Elektromobilität; ist aber explizit gegen die Förderung von Elektroautos.

Speicher haben für die Linke derzeit keine Priorität.

Die Sektorkopplung hält die Linke zum derzeitigen Zeitpunkt für verfrüht; sie sieht den Bedarf für Sektorkopplung erst ab etwa 2030.

Die Linke spricht das Problem des mangelhaft umgesetzten Einspeisevorrangs für Erneuerbare Energien direkt an und fordert u.a. eine Vollzugskontrolle der Abregel-Hierarchie.

Beim Mieterstrom setzt sich die Linke konkret für Quartierslösungen ein sowie für die Besserstellung von Wohnungsunternehmen.

Bei der Biomasse will die Linke Bestandsanlagen durch Ausschreibungen erhalten. Die Ausschreibungen sollen evaluiert werden. Der Fokus soll auf Rest- und Abfallstoffen liegen.

FDP

Die FDP fordert einen „Neustart“ der Energiewende und verwendet damit die gleiche Begrifflichkeit wie bereits 2013. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass mit „Neustart“ im besten Fall ein „Stopp“ der Energiewende gemeint ist, im schlechtesten Fall deren Abwicklung. Die FDP setzt auch langfristig auf einen breiten Energiemix mit fossilen Energien sowie als langfristige Option auf die Kernfusion. Erneuerbare Energien – insbesondere Offshore-Windenergie – sollen ebenfalls ihren Platz haben, insofern sie am Markt bestehen.

Zwar spricht sich die FDP für das Pariser Klimaschutzabkommen aus, macht ein Engagement Deutschlands aber davon abhängig, dass auch alle anderen relevanten Länder deutliche Schritte unternehmen. Die FDP lehnt ordnungspolitische Maßnahmen sowie Förderung, die über Forschungs- und Entwicklungsförderung hinausgeht, grundsätzlich ab und konzentriert sich bei den Rahmenbedingungen auf einen möglichst weltweit geltenden CO₂-Preis über einen Emissionshandel. Der Europäische Emissionshandel soll auf den Wärme- und Verkehrssektor ausgedehnt werden. Die Klimaziele sollen technologieneutral erreicht werden.



Die FDP spricht sich für einen Wettbewerb aus, nennt aber keine Maßnahme, wie dieser fair gestaltet werden kann, wenn der Emissionshandel – wie dies bislang der Fall ist – einen fairen Wettbewerb nicht herstellen kann. Markt und Wettbewerb werden mantrahaft angeführt, ohne jedoch mit konkreten Vorschlägen ausgefüllt zu werden.

Die FDP spricht sich für einen „offenen Leistungsmarkt“ aus, der der Versorgungssicherheit dienen soll. Was die FDP konkret unter einem „offenen Leistungsmarkt“ versteht und worin dieser sich von anderen Kapazitätsmärkten wie dem „dezentralen Leistungsmarkt“ unterscheidet, konnte trotz einiger Nachfragen bei der FDP noch nicht geklärt werden.

Zu nationalen Klimazielen äußert sich die FDP ambivalent. Zunächst befürwortet sie diese, stellt sie dann aber vielfach in Frage bis hin zur Vermutung, sie seien schädlich. Den nationalen Klimaschutzplan lehnt die FDP ab.

Die FDP steht in ihren Antworten Erneuerbaren Energien reserviert bis ablehnend gegenüber. Sie stellt sogar zumindest den Beitrag der Windenergie für den Klimaschutz in Frage. Folglich will sie das EEG abschaffen, bei dem sie nur Nachteile sieht. Selbst die marktwirtschaftlichen Ausschreibungen sollen abgeschafft werden. Ebenfalls abgeschafft werden sollen der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien sowie die baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen. Hingegen soll eine 10H-Regelung für die Windenergie bundesweit eingeführt werden.

Die Frage, wie das verpflichtende nationale Ausbauziele Deutschlands erreicht werden soll, wird von der FDP nicht beantwortet. Bezüglich des weiteren Ausbaus Erneuerbarer Energien im Stromsektor ist es für sie wichtig, dass „vor jedem Gedanken an weiteren Ausbau“ Nutzungsmöglichkeiten für Erzeugungsspitzen entwickelt und implementiert werden müssen.

Bedenken zeigt die FDP auch der Elektromobilität gegenüber, die jenseits von Forschung und Entwicklung nicht gefördert werden soll. Deutlich besser schneiden in ihrer Bewertung kohlenstoffbasierte Antriebsarten mit Erdgas sowie langfristig Power-to-Gas in Verbrennungsmotoren und Brennstoffzellen ab.

Sämtliche ordnungsrechtlichen Maßnahmen im Wärmebereich werden von der FDP als Verbotspolitik abgelehnt.

Positiv äußert sich die FDP zu Stromspeichern. Sie will die Unterstützung allerdings auf Forschungsförderung begrenzen und lehnt eine Förderung von Speichern ab.

Ebenfalls positiv äußert sich die FDP zur Sektorkopplung. Sie möchte Rahmensetzungen entwickeln, wie Überschussstrom in anderen Sektoren genutzt werden kann.

Eine unter den Mietparteien vereinbarte Nutzung von im Haus erzeugtem Solarstrom sollte zu einem attraktiven Preis erfolgen. Dafür wäre laut FDP auch „die Entrümpelung der dirigistischen Vorschriften und Umlagen im Gefolge des EEG förderlich“.

Im Bereich der Bioenergie befürwortet die FDP die Nutzung von Rest- und Abfallstoffen – aus. Sie sieht in einem offenen Leistungsmarkt Vorteile für Bioenergie. Bioenergie soll ohne Förderung auskommen.

Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. wurde 1991 als gemeinsame Interessenvertretung der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland gegründet.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben des BEE gehört es, die Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien zu verbessern und ihren Vorrang gegenüber anderen Energiesparten durchzusetzen. Als Dachverband koordiniert der BEE die Einzelaktivitäten der Verbände gegenüber Politik und Öffentlichkeit und fördert Kooperationen und Erfahrungsaustausch im Bereich der Erneuerbaren Energien.

Kontakt:

Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)

Invalidenstraße 91

10115 Berlin

info@bee-ev.de

030 275 81 70- 0

